

CDU empört über Impfpläne der Ampel

Die Impfpflicht ist nach Meinung der Union keine Gewissensfrage. Das Verfahren zeige die Schwäche des künftigen Kanzlers.

Von Norbert Walleit

In der Union ist man darüber empört, dass die Ampel eine mögliche Abstimmung im Deutschen Bundestag über eine allgemeine Impfpflicht als Gewissensentscheidung einstufen und den Fraktionszwang aufheben will. Der designierte Bundeskanzler Olaf Scholz hatte am Rande der Bund-Länder-Beratungen vom Dienstag gesagt, Anträge könnten noch im Laufe des Dezembers erarbeitet werden. Er betonte, dass es sich um eine „Gewissensfrage“ für die einzelnen Abgeordneten handle. Darüber sollten sie frei abstimmen können. Zuvor hatte bereits der designierte neue Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) für eine Abstimmung ohne Fraktionszwang plädiert.

Die CDU ist damit keineswegs einverstanden. Ihr Gesundheitsexperte Michael Henn-

rich nannte die mögliche Aufhebung des Fraktionszwangs einen „Hammer“. Nur weil „Olaf Scholz sich nicht gegenüber der FDP durchsetzen kann“, komme es zu diesem Kunstgriff. Das sei „eine Bankrotterklärung für den künftigen Kanzler“. Auch der stellvertretende Unionsfraktionschef Thorsten Frei kritisierte Scholz: „Noch im Fall der Märsen war von einer Gewissensentscheidung keine Rede“, sagte Frei unserer Zeitung. Tatsächlich hatte die große Koalition auf dem normalen parlamentarischen Wege beschlossen, dass Kinder ab März 2020 vor Eintritt in eine Kita oder in die Schule gegen Märsen geimpft sein müssen. „Dass der zukünftige Kanzler die parlamentarische Abstimmung über die Impfpflicht gleichwohl zur Gewissensfrage erklärt, ist allein dem Umstand geschuldet, dass Teile der FDP ihm ihre

Zustimmung verweigern“, sagte Frei. Bereits vor der ersten großen Entscheidung sei die Ampel „zerrissen und ohne eigene Mehrheit“. Das lasse „nichts Gutes mit Blick auf die schweren Entscheidungen erwarten, mit denen uns diese Pandemie noch konfrontiert wird“, sagte Frei.

Der CDU-Politiker Erwin Rüdell, Vorsitzender des Gesundheitsausschusses des Bundestages, sagte unserer Zeitung, das Vorhaben müsse „ein Entwurf der Ampel sein, der eine eigene Mehrheit findet“. Die Frage sei „eine politische, keine ethische“. Es sei mit der Einführung der Impfpflicht nämlich nicht getan. „Es braucht ein Gesetzespaket, das auch deutlich macht, wie eine Impfpflicht in allerletzter Konsequenz durchgesetzt werden soll.“

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat sich am Mittwoch in Brüssel dafür ausgesprochen, eine allgemeine Corona-Impfpflicht in der Europäischen Union zu prüfen. Sie begründete dies mit der Ausbreitung der neuen Omikron-Variante und der Tatsache, dass ein Drittel der EU-Bürger bisher nicht gegen das Coronavirus geimpft ist. Die Impfpflicht sei „eine Diskussion, die geführt werden muss“, sagte von der Leyen.